

Jakob Hauck

Kreisky und die Entwicklungshilfe

von Kreiskys Motiven und Weltbildern zu seinen Ideen, Konzepten und
der Umsetzung von österreichischer und internationaler
Entwicklungshilfe zwischen 1955 und 1970

Forschungsseminar Archive des Helfens? FOSE ‚Mittelalter‘ der österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit, 2015

Wien 2017

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Politische Überzeugungen und weltanschauliche Prioritäten Bruno Kreiskys | 5 |
| 2.1 Der Ost-West Konflikt wird zur Nord-Süd Angelegenheit | 5 |
| 2.2 Neutralität als Vorteil für die österreichischen EZA | 8 |
| 2.3 Entwicklungshilfe als Form internationaler Solidarität | 10 |
| 3. Die Frühphase der österreichischen EZA mit Fokus auf Kreiskys Positionen und Einfluss anhand einer Dokumentenanalyse von Archivmaterial | 15 |
| 3.1 Österreichs erste Leistungen und Umsetzungsversuche in der Entwicklungshilfe | 16 |
| 3.2 Neustrukturierung und Schwerpunktsetzung – Gründung des IKFE | 19 |
| 3.3 Wiener Institut für Entwicklungsfragen | 23 |
| 3.4 Marshall Plan für die Dritte Welt | 28 |
| 4. Conclusio | 32 |
| Verzeichnis von Literatur und Quellen | 35 |

1. Einleitung

Diese Arbeit setzt sich mit der Rolle Bruno Kreiskys in der österreichischen und internationalen Entwicklungspolitik zwischen 1955 und 1970 auseinander. Dabei geht es vor allem darum, Kreiskys Rolle in der Gestaltung und Entstehung der österreichischen EZA¹ zu beschreiben sowie biographische Einflussfaktoren und Zusammenhänge aus Kreiskys Werdegang abzuleiten, die die EZA in Österreich in der betrachteten Periode mitbestimmten. In diesem Kontext werden Motive und Grundwerte für Kreiskys Einstellungen bezüglich internationaler EZA in einem eigenen Kapitel behandelt, das die Grundvoraussetzungen für die Konzeption und Entstehung der Programme österreichischer EZA unter dem Einfluss Bruno Kreiskys darstellt. Hier gilt es vor allem, Kreiskys Biographie mit den gesellschaftspolitischen Einflüssen und Wertekonstrukten zu verbinden, die die Entstehung und den Aufbau der internationalen EZA in den Jahren von 1955 -1970 kennzeichneten. So kann auch ein Zusammenhang zwischen der Person Bruno Kreiskys und dem gesellschaftspolitischen Kontext hergestellt werden, der den Ausbau der EZA in dieser Phase prägte.

In dem nachfolgenden Teil dieser Arbeit werden Programme, Konzepte und Institutionen der österreichischen EZA, die unter Kreiskys Einfluss entstanden oder weiterentwickelt wurden, anhand einer Dokumentenanalyse untersucht und analysiert. Dabei steht der Einfluss Kreiskys auf die Entstehung bzw. die Gestaltung dieser Konzepte im Vordergrund. Ebenso werden Veränderung und Weiterentwicklung der EZA anhand der analysierten Dokumente nachgezeichnet und vor dem Hintergrund von Kreiskys Weltbild interpretiert. Für die Dokumentenanalyse habe ich Schriftstücke und Unterlagen ausgehoben, die die Entwicklung der Strukturen und Institutionen der österreichischen EZA im internationalen Rahmen dokumentieren. Dabei handelt es sich um Korrespondenz, die Kreisky mit diversen staatlichen und überstaatlichen Institutionen führte, Protokolle öffentlicher Einrichtungen, Zeitungsartikel, offizielle staatliche Dokumente, Konzepte und Richtlinien der Regierung sowie Interview- und Gesprächsprotokolle, die im Zusammenhang mit EZA stehen.

¹ EZA / Entwicklungszusammenarbeit findet in diesem Text fast durchgehend Verwendung für den Bereich, der bis in die 1980er Jahre unter dem Namen „Entwicklungshilfe“ firmierte. Der Verfasser ist sich des Anachronismus bewusst, bringt damit allerdings auch zum Ausdruck, dass sich bei diesem Konzept wohl der Name („das Bezeichnende“), nicht jedoch der Inhalt, „das Bezeichnete“, verändert hat.

Aus den vorliegenden Dokumenten wurden Aussagen zum Thema Entwicklungshilfe herausgefiltert, kategorisiert und verschiedenen Themenbereichen zugewiesen, die die Rolle Kreiskys in Bezug auf die Orientierung und Gestaltung der österreichischen EZA darstellen und dokumentieren können. Aufbauend auf die aus den Dokumenten bezogenen Aussagen und Passagen wird eine Interpretation von Kreiskys Einstellung bezüglich der österreichischen Entwicklungshilfe vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen gesellschaftspolitischen Hintergründe und Wertekonstrukte vorgenommen. So wird einerseits ein Zusammenhang zwischen der Person und der politischen Biographie Kreiskys und der Orientierung sowie der Weiterentwicklung der österreichischen EZA im Zeitraum von 1955-1970 hergestellt. Andererseits werden Konzepte und Institutionen, die in dieser Periode unter Kreiskys Mitwirken oder Einfluss entstanden sind, aufgegriffen. Zudem werden auch die wichtigsten Ansätze und Organisationen, die unter dem Einfluss Kreiskys die EZA prägten, benannt und im Kontext der zuvor beschriebenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Wertekonstrukte diskutiert. Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse der Dokumentenanalyse sowie der Interpretation der herangezogenen Quellen vor dem Hintergrund von Kreiskys Ideologie und Biographie zusammengefasst und die wichtigsten Einflüsse und Entwicklungsstränge auf die österreichische Entwicklungshilfe in der Periode von 1955 – 1970 überblicksartig dargestellt.

Um das eben beschriebene Forschungsthema zu behandeln, wurde die folgende Forschungsfrage gewählt:

Welche Motive und Weltbilder lagen Kreiskys Einstellung bezüglich der EZA zugrunde und wie äußerten sich diese in seinen Ideen, Konzepten und der konkreten Umsetzung von Projekten für die österreichische und internationale EZA in der Zeit von 1955 – 1970?

2. Politische Überzeugungen und weltanschauliche Prioritäten Bruno Kreiskys

Das folgende Kapitel betrachtet verschiedene Weltanschauungen und Motive, die von Kreisky und ebenso von einem Teil der Politiker, die sich im Aufbau und der Entstehung der EZA in Österreich engagierten, vertreten wurden, um EZA gesellschaftliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen und sie im politischen Rahmen zu verwirklichen. In kaum einem anderen Sektor wurde für die „Begründung von Entwicklungshilfe“ ein derart hoher Aufwand im Vergleich zur marginalen Größe des Politikbereichs der Entwicklungshilfe zum damaligen Zeitpunkt betrieben (vgl. Hödl 2003: 37). Diese Begründungen stehen in einem engen Zusammenhang einerseits mit Kreiskys biographischem Hintergrund und andererseits mit der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation Österreichs in den Nachkriegsjahren. Die in dieser Arbeit angeführten historischen Zusammenhänge und Informationen sollen für ein besseres Verständnis des sozialen und politischen Kontexts in der Phase von 1955-1970 und als Ausgangspunkt für die Erarbeitung des thematischen Hintergrunds für die Dokumentenanalyse dienen.

2.1 Der Ost-West Konflikt wird zur Nord-Süd Angelegenheit

Um zu verstehen, warum der Kommunismus bzw. der kalte Krieg als Begründung bzw. Motiv für die Weiterentwicklung der internationalen EZA diente, ist es notwendig, kurz auf die politische Situation nach dem zweiten Weltkrieg einzugehen. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der ehemaligen Kolonien führten zur Auflösung der Kolonialreiche. Die USA trat nun an die Stelle der ehemaligen europäischen Kolonialmächte und konnte u.a. mit Hilfe des Marshall Plans (ERP²) seine Einflusszonen in Europa erheblich erweitern (vgl. Röhrlich 2009: 117 f.). Als der Kalte Krieg begann seine Ausformungen anzunehmen, strebten die beiden konkurrierenden Supermächte danach, die kürzlich unabhängig gewordenen Staaten auf ihre Seite zu bringen oder zumindest nicht an den ideologischen Gegner zu verlieren (vgl. Röhrlich 2009: 258). Die Truman Doktrin³, als außenpolitischer

² *European Recovery Program* : Offizielle Bezeichnung des Marshall Plan. Das Programm wurde vom ehemaligen amerikanischen Außenminister George C. Marshall entworfen als Hilfs- und Aufbauprogramm für die kriegsgeschädigten Staaten Europas (vgl. Wirth 2004: 1f.).

³ Am 12. März 1947 bat US-Präsident Truman den amerikanischen Kongress um finanzielle und wirtschaftliche Hilfe für Griechenland und die Türkei, um diese in ihrem demokratischen Freiheitskampf zu unterstützen. Diese

Grundsatz der USA, beinhaltet u.a. „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“ (Woyer 2016: 135); damit wurde die Unterstützung aller vom Kommunismus bedrohten Staaten angesprochen. Die Ausdehnung der Sowjetunion wurde als Gefahr gesehen und so entstand beim Versuch, die ehemaligen europäischen Kolonien in die kapitalistische Weltordnung zu integrieren, Konfliktpotenzial. Der Konflikt zwischen Osten und Westen äußerte sich in internationaler wirtschaftlicher und politischer Kooperation zunehmend auch in Bezug auf den Einfluss auf die Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Südamerikas (vgl. Hödl 2004: 75). Unter dem Banner der EZA versuchten so die beiden Machtblöcke des Ostens und des Westens Einfluss auf die ehemaligen Kolonien und sonstige „Entwicklungsländer“ zu gewinnen.

Die Länder des globalen Nordens versuchten, Kooperationen mit den Ländern des globalen Südens fernab von kolonialen Strukturen einzugehen und mit ihnen einen Austausch als gleichberechtigte Partner/innen zu führen. Vorteile für die Staaten der Dritten Welt sollten umfangreiche Transferleistungen sein, die zur Entwicklung der Staaten beitragen sollten. Stevenson sprach von einer Aufgabe „Asien und Afrika zu überzeugen“, dass „nur in Kooperation mit der demokratischen Welt steigender Lebensstandard ohne Verlust der Freiheit erreicht werden kann“ (Kreisky 1956: 127). Auch Kreisky sieht es als Ziel an, „dass Demokratie wie wir sie kennen [...] für die ehemaligen Kolonialstaaten die auf Dauer attraktivere Lösung [sein soll].“ (Kreisky zitiert Stevenson 1962: 351)

Österreichs außenpolitische Schwerpunkte wurden weitgehend von den weltpolitischen Entwicklungen geprägt. Internationale Entwicklungen zeichneten sich zumeist auch in Österreichs Außenpolitik ab. In den Reihen der SPÖ befanden sich schon in den 1950er-Jahren zahlreiche Befürworter/innen der EZA und zu dieser Zeit wurden auch noch kaum moralische Prinzipien oder ökonomische Interessen als Motive bzw. Begründungen angeführt. Hier wurde in erster Linie mit geopolitischen Argumenten für die EZA argumentiert. Die aktive Außenpolitik kann für die noch junge Republik Österreich nun ebenso als Mittel zur Identitätsfindung gesehen werden, als neue internationale Kontakte etabliert wurden und so die Basis für

Rede leitete die Eindämmungspolitik (*Containment Policy*) der USA ein, die bei einer kommunistischen Bedrohung von außen oder im inneren einen universalen Interventionismus (politisch, wirtschaftlich und militärisch) vorsah (vgl. Wirth 2004: 3).

umfassende wirtschaftliche oder politische Kooperation gelegt wurde (vgl. Hödl 2003: 29).

...in der Tat hat die aktive Teilnahme Österreichs am Nord Süd Dialog und das persönliche Engagement Bruno Kreiskys in der Frage des Nahostkonflikts Österreich den Weg in die Weltpolitik gewiesen. [...] Hier ist die Persönlichkeit Bruno Kreiskys, sind seine politischen Überzeugungen und seine weltanschaulichen Prioritäten mehr in den Vordergrund getreten. (Thalberg 1983: 11)

Kreisky war dafür bekannt, sehr freundschaftliche Verhältnisse mit den politischen Vertretern anderer Länder zu pflegen und durch die neu eröffneten Vertretungsbehörden beispielsweise in den Ländern Afrikas konnten die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Ländern der Dritten Welt vertieft werden. Frei von kolonialen Ressentiments sah Kreisky Österreich in einer guten Position, Kontakte mit Ländern der Dritten Welt aufzubauen (vgl. Kreisky 1962: 320). Laut Kreisky hat die Kolonialherrschaft das Vertrauen in die gleichberechtigte Kooperation zwischen ehemaligen Kolonialmächten und den Entwicklungsländern nachhaltig geschädigt. Um dieses Vertrauen in die Mächte des Westens wieder herzustellen ist es für Kreisky notwendig „den Menschen [...] den Beweis zu erbringen, dass man mit den Demokratien gute Freundschaft halten kann“ und sie am Reichtum teilhaben zu lassen, „ohne daran politische Bedingungen zu knüpfen.“ (Kreisky 1958 : 67)

In seiner Rede „Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas“ im Zuge des Europagesprächs vom Juni 1962, machte Kreisky den Hunger in vielen Teilen der Welt als eines der größten Probleme unserer Zeit fest und sah eine Notwendigkeit darin, den „hundert Millionen in Afrika und Asien zu helfen und mit ihnen zusammenarbeiten.“ (Kreisky 1962: 351) In Kontrast zu den Werten des demokratischen Sozialismus und der auf der Freiheit der Bürger/innen basierenden Demokratie wird der zu dieser Zeit vorherrschende Kommunismus in den Staaten des Westens weitgehend als Diktatur und damit als unfrei wahrgenommen (vgl. Kreisky 1962: 358). Dadurch war es aus der Sicht der westlichen Staaten nur schwer zu verstehen, warum sich Länder eher dem Kommunismus anschließen wollten, als ein Teil der demokratischen und freien Welt zu sein. Kreisky zeigte Verständnis für die Länder Afrikas und Asiens, die im Kommunismus eine „Ausweglösung aus der Armut sehen.“ (Röhrlich 2009: 263) Stevenson geht in einer Rede genauer darauf ein, dass Kommunismus aus der Sicht der Staaten des Westens mit dem Verlust von Freiheit und Souveränität verbunden ist. In wirtschaftlichen oder politischen

Notsituationen allerdings können die Vorgaben und Programme der Kommunisten als gewinnbringende Strategie erscheinen (vgl. Jankowitsch 1983: 276f.).

Im Zuge der Unabhängigkeitsbestrebungen der ehemaligen Kolonien, entwickelte sich, bedingt durch die Ausdehnung der Einflusszonen der neuen Großmächte, ein steigendes Interesse an EZA. Kreisky sah Österreich durch die erlangte Neutralität in einer guten Ausgangssituation, um die Werte des demokratischen Sozialismus, wie etwa der Freiheit sowie der Akzeptanz der rechtsstaatlichen Demokratie, in den Ländern der Dritten Welt als Alternative zum Kommunismus zu etablieren. In der EZA sah Kreisky in diesem Zusammenhang ein Mittel, um politische und wirtschaftliche Kooperationen zu fördern, eine Alternative zu den Programmen des Kommunismus zu bieten sowie langfristige und nachhaltige Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Die Konkurrenz zwischen den beiden Machtblöcken des Ostens und des Westens bei der Ausdehnung ihres Einflussbereichs sorgte dabei für ein rasches Anwachsen der Mittel und Bemühungen in Hinblick auf die Ausweitung und Etablierung der EZA.

Diese Strömung konnte auch in Österreich genutzt werden um einerseits Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzeugen und andererseits finanzielle Mittel und organisatorische Kapazitäten für die EZA bereit zu stellen. Zudem war Österreich durch seinen speziellen diplomatischen Status in der Lage, als vermittelnde Instanz aufzutreten und einen neutralen Rahmen für Zusammenkünfte und Verhandlungen zwischen Entwicklungsländern, Staaten des Westens sowie blockfreien Staaten zur Verfügung zu stellen. Dies war unter anderem auch förderlich für die Entwicklung und Ansiedlung von internationalen Organisationen, Programmen für die internationale EZA sowie die Veranstaltung von Kongressen, Zusammenkünften und diplomatischen Treffen mit dem Ziel der wirtschaftlichen Kooperation mit Entwicklungsländern.

2.2. Neutralität als Vorteil für die österreichischen EZA

Österreich stand nach dem zweiten Weltkrieg vor der Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen den beiden Großmächten. Es ging darum, die Interessen Österreichs, der westlichen Alliierten und der Sowjetunion in diplomatischer Kleinarbeit auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Eine Teilung des Landes, wie in Deutschland, konnte verhindert werden, dennoch hinkten die Regionen im Osten denen im Westen Österreichs aufgrund der ungleichen Verteilung der Gelder aus

dem European Recovery Programm (ERP) Anfangs ökonomisch hinterher (vgl. Röhrlich 2009: 117 f.).

Die Erlangung des Staatsvertrags und die damit verbundene staatliche Souveränität waren somit entscheidend für den weiteren Verlauf der österreichischen Außenpolitik. Die immerwährende Neutralität Österreichs regulierte die erweiterten politischen Handlungsfreiheiten der österreichischen Außenbeziehungen. Da sich die Westorientierung Österreichs schon vor 1955 abgezeichnet hatte, war die Neutralität eine Bedingung der Sowjetunion, um Österreich aus den Fesseln der Besatzungsmächte in die Unabhängigkeit zu entlassen. Im Gegensatz zur Schweizer Neutralität, die eher isolationistisch ausgelegt wurde, war die österreichische vor allem auf eine militärische Neutralität bezogen und dadurch als „aktive Neutralitätspolitik konzipiert“ und wurde auch so betrieben (Röhrlich 2009: 230).

Die österreichische Außenpolitik wurde aber dennoch durch nationale und internationale Macht- und Interessenskonstellationen beeinflusst. Österreich fand sich damit ebenso im Zentrum des Kampfes um wirtschaftlichen und politischen Einfluss der beiden Großmächte und konnte sich durch die Einsetzung der Neutralität zwischen den beiden Blöcke positionieren. Dies verschaffte der jungen Republik auch für die spätere Organisation der EZA eine besondere Position, die bis zu einem gewissen Grad von der politischen Dualität des Weltgeschehens distanzieren konnte. Allerdings war Kreisky der Ansicht, dass die Neutralität „für die Übernahme internationaler Aufgaben, besonders in umstrittenen Gebieten, wie geschaffen [ist].“ (Kreisky 1962: 354)

Österreich hatte als kleines Land in Sachen EZA „im Rahmen [seiner] Möglichkeiten“ zu handeln und dies galt für Kreisky nicht nur in finanzieller Hinsicht (vgl. Kreisky 1962: 354). Obwohl die Neutralität Einschränkungen in außenpolitischen Belangen mit sich bringt, ergaben sich daraus auch Möglichkeiten, die vor allem durch „bewusste außenpolitische Aufgaben“ realisiert werden sollten. Österreich wurde, anders als es bei den konkurrierenden Großmächten oder Staaten mit Bündnisverpflichtungen der Fall war, als neutraler Staat nicht verdächtigt, aufgrund von bestimmten militärischen oder politischen Interessen zu handeln (vgl. Kreisky 1962: 354). Österreichs Unabhängigkeit bot die Möglichkeit „die Entwicklung konstruktiver Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten und die freundschaftliche Beziehung mit allen Völkern auszubauen.“ (Fischer 1994: 236) Weiters bekannte sich Österreich dazu, alle friedenserhaltenden Bestrebungen der Vereinten Nationen zu unterstützen. Darunter fielen und fallen sowohl Aufgaben politischer Natur, als auch

die Bereitstellung von entsprechendem Personal, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die involvierten Parteien den Einsatz gutheißen (vgl. Fischer 1994: 236).

Wegen eines grundsätzlich ähnlichen ideologischen Hintergrundes war es für die demokratischen Sozialisten besonders wichtig, sich klar vom Kommunismus abzugrenzen. Daher wurde die sozialistische Bewegung häufig mit einem Modernisierungs- und Fortschrittsoptimismus verbunden und diese waren einen Grundbestandteil sozialdemokratischer Gesinnung (vgl. Röhrlich 2009: 256). Kreisky sah in der internationalen Kooperation mit Entwicklungsländern eine Möglichkeit, wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu fördern und zum Wohle zukünftige Generationen voranzutreiben. Auch die ÖVP vertrat diese Meinung und sah laut dem Abgeordneten Weiß in den Staaten der Dritten Welt „die Handelspartner unserer Kinder“ (vgl. Hödl 2003: 33). Als neutralen Staat sah Kreisky Österreich darüber hinaus in der Position, demokratischen Sozialismus, ohne die ideologische Voreingenommenheit der Blockmächte sowie unter Einhaltung der sozialistischen Grundwerte, zu vertreten. Kreisky erkannte die besondere politische Position Österreichs und versuchte Österreich als diplomatische Drehscheibe zu etablieren, die zwischen den Ost- und Westmächten, aber auch zwischen entwickelten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern vermitteln konnte (vgl. Röhrlich 2009: 265ff.). In diesem Zusammenhang kann auch die Gründung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen gesehen werden, an der unter anderem Vertreter/innen von Entwicklungsländern, blockfreien Staaten sowie Staaten des politischen Westens teilhatten.

2.3 Entwicklungshilfe als Form internationaler Solidarität

Kreisky wuchs in einer Generation europäischer Sozialisten auf, die sich schon in den 1920er Jahren als solidarisch mit den Unabhängigkeitsbewegungen der Länder Afrikas und Asiens bekannten. Er entwickelte schon sehr früh Sympathien für die Länder der „Dritten Welt“ und hatte zu jener Zeit schon einige Standardwerke über Imperialismus und Kolonialismus gelesen. Auch während Kreisky vor Beginn des Zweiten Weltkrieges in Haft saß, studierte er zahlreiche politische Biographien, ökonomische und politische Literatur, wie auch Klassiker der Psychoanalyse und des Marxismus (vgl. Röhrlich 2009: 62). Besonderes Interesse zeigte Kreisky während

dieser gesamten Zeit am Unabhängigkeitskampf Indiens, welchen er u.a. durch die Schriften Nehrus genauer kennenlernte und erforschte (vgl. Kreisky 1988: 259).

Pandit Nehru, in seiner Funktion als Ministerpräsident und Außenminister Indiens sowie als Mitbegründer der Organisation der blockfreien Staaten⁴, trat auch später in Zusammenhang mit dem Wiener Institut für Entwicklungsfragen des Öfteren in Erscheinung und blieb eine wichtige Bezugspersönlichkeit für Kreisky, besonders in Fragen der EZA (vgl. Kreisky 1988: 261f.).

Durch Kreiskys parteiliche Zugehörigkeit und seine Rolle als Teil der sozialistischen Internationale wurde ihm ein klarer Rahmen für seine politischen Überzeugungen vorgegeben. Er wurde durch die Arbeit in der sozialistischen Jugendbewegung maßgeblich geprägt und nahm Ereignisse wie den ersten antiimperialistischen Weltkongress sowie dessen Solidarisierung mit unterschiedlichen Staaten der Dritten Welt mit Begeisterung auf (vgl. Fischer 194: 223f.). Ebenso zeichnete Kreisky eine gewisse Bewunderung für die Ideen und Perspektiven Otto Bauers aus, beispielsweise mit Hinblick auf die Gestaltung und Einsetzung eines demokratischen Sozialismus nach dem Vorbild Schwedens sowie der Forderung nach internationaler Solidarität in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung zum Wohle aller beteiligten Staaten (vgl. Kreisky 1965: 589f.).

Formen der internationalen sozialistischen Kooperation lernte Kreisky darüber hinaus in seiner Arbeit in der „Kleinen Internationale“⁵ in Schweden kennen, wo er zusammen mit Willy Brandt und dem Ehepaar Myrdal während des Zweiten Weltkriegs tätig war. Diese Erfahrungen stellten sich für Kreiskys politische Entwicklung und seine Einstellung bezüglich internationaler Kooperationen als überaus wichtig dar. Die Grundlagen des demokratischen Sozialismus, wie ein egalitäres Gerechtigkeitskonzept, eine unbedingte Akzeptanz der rechtsstaatlichen Demokratie, die sozialstaatliche Sicherung sowie die politische Regulierung unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche, verinnerlichte Kreisky im Laufe der Jahre und berief sich danach immer wieder in Reden und Texten darauf (vgl. Meyer 2008: 11f.)

Kreisky zählte während seiner Asylzeit in Schweden zum engeren Zirkel der Stockholmer Kleinen Internationale, welche sich noch während des Krieges mit „*post-war problems*“ auseinandersetzte (vgl. Röhrlich 2009: 76). Zum einen

⁴ Blockfreie Staaten: 1961 auf Initiative Nehrus, Nassers und Titos ins Leben gerufene Organisation von Staaten, die einen außenpolitischen Kurs unabhängig von den beiden Blöcken unter der Führung der USA und der Sowjetunion verfolgen (vgl. Wagner 2006: 232).

⁵ Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten, die sich mit der Tradition des internationalen Sozialismus verbunden sahen. Diese wurde schon während der aktiven Zeit der Gruppe „Kleine Internationale“ genannt. (vgl. Röhrlich S. 73ff.)

beschäftigten sie sich mit der Erneuerung der sozialistischen Zusammenarbeit in Europa nach dem Krieg, zum anderen richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien und es wurden Möglichkeiten engerer Bündnisse mit Arbeiterbewegungen in Nord- und Südamerika, China, Indien, dem Nahen Osten sowie in den ehemaligen afrikanischen und asiatischen Kolonien diskutiert (vgl. ebd. 2009: 76ff.). Die skandinavischen Länder wiesen im Vergleich zu Resteuropa schon damals eine ausgeprägte Solidaritätskultur auf (vgl. Meyer 2008: 143).

Der Einfluss aus seiner Exilzeit machte sich bei Kreisky nach seiner Rückkehr immer wieder bemerkbar. Aufbauend auf den Grundwerten des Sozialismus verstand Kreisky die Entwicklungshilfe nun als einen Akt der internationalen Solidarität, auf die sich bereits unterschiedliche Richtungen und Strömungen der sozialistischen Tradition des 19. und 20. Jahrhunderts beriefen (vgl. Kreisky 1965: S.69). Solidarität bzw. Brüderlichkeit wurde hier letztlich abgeleitet von der französischen Revolutionsparole – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – als Gegensatz zu den isolierenden und trennenden Prinzipien einer individualisierten Wettbewerbsgesellschaft (vgl. Meyer 2008: 27). Aus Kreiskys Einstellung und Meinung zur Zusammenarbeit auf der Basis der internationalen Solidarität zwischen entwickelten Staaten und Entwicklungsländern lässt sich somit eine Verbindung zu den Werten der sozialistischen Internationale bilden, die auf die Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abzielt (vgl. Kreisky 1988: 259). Während es in den späten 1950er-Jahren hauptsächlich außenpolitische Motive waren, die zu mehr Kontakt und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt bewegten, kam es, vor allem im Parlament Anfang der 1960er-Jahre, auch zu einer beträchtlichen Zahl an moralischen Appellen, die eine vertiefende Auseinandersetzung mit der internationalen EZA, aufbauend auf den Werten zwischenstaatlicher Solidarität, forderten. In dieser Phase wurde den Werten der internationalen Solidarität und Entwicklungskooperation auch auf der öffentlichen, politischen Bühne zunehmend mehr Beachtung geschenkt. Besonders Politiker/innen aus den Reihen der SPÖ äußerten sich zu dem Thema der internationalen EZA vor dem Hintergrund der Werte der sozialistischen Solidarität, während sich die Argumentationslinie der ÖVP weitgehend auf die Tradition christlicher Missionstätigkeit konzentrierte (vgl. Hödl 2003: 32f.). In diesem Zusammenhang sprach der SPÖ-Abgeordnete Peter Strasser von einer „Renaissance internationaler sozialistischer Solidarität.“ (Strasser 1962: 66)

Da die bisherigen Transferleistungen und Gelder, die für die EZA zur Verfügung standen, aus der Sicht von Kreisky und auch vieler anderer Politiker/innen zu gering waren, war es notwendig die angestrebten höheren Ausgaben, die für EZA verwendet werden sollten, vor der Bevölkerung zu legitimieren. In diesem Sinne versteht Kreisky weltweite Solidarität „nicht nur [als] eine Aktion der Caritas [...], sie muss als ein politischer Akt bewusst gewollt und als eine Synthese von Idealismus und Nüchternheit vollzogen werden.“ (Kreisky 1965: 69)

Solidarität alleine reichte dementsprechend nicht, um in einem Land wie Österreich, das teilweise noch unter den Nachkriegsfolgen litt, die Ausgaben für EZA zu rechtfertigen. Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit versprach sich Kreisky über lange Sicht, dass beide Seiten profitieren würden. Kreisky sprach auch von „*Aid through trade*“ und meinte damit, dass Entwicklungshilfe durch bilateralen und multilateralen Handel ermöglicht würde. „Hilfsaktionen sind wichtig und vom moralischen Standpunkt sehr zu begrüßen.“ (Kreisky 1961: 293) Kurzfristig sei es möglich damit „Leid zu lindern“, aber auf lange Sicht brächten die „Bestrebungen der Caritas [...] keine wirkliche und dauernde Überwindung der Not.“ (Kreisky 1962: 352) Geeignete „wirtschaftliche Aktionen“ hätten den Vorteil, dass das Empfängerland eine Gegenleistung zu erbringen hatte, diese zu einem gewissen Lerneffekt führe und damit Staaten in die Lage versetzte, sich „selbst zu helfen“ (vgl. Kreisky 1961: 293).

Hödl (2003: 33) kritisiert die Ansicht Kreiskys in Hinsicht auf seine schizophrene Haltung, die letztlich wirtschaftliche und politische Interessen mittels ethischer Gründe zu legitimieren sucht. Eine solche Art der EZA wäre nun, im Gegensatz zu den Grundsätzen des Sozialismus, vor allem von nationalen Wirtschaftsinteressen geprägt. In der Praxis muss wohl von einer Vermengung der zugrundeliegenden Handlungsgründe ausgegangen werden, vor allem da erste EZA Programme parallel zu wirtschaftlichen Kooperationen etabliert wurden und beide Stränge somit als komplementär zueinander im Sinne einer umfassenden Außen- und Entwicklungspolitik zu sehen sind.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kreiskys Einstellung zur EZA auf den Werten und Perspektiven der sozialistischen Bewegung aufbauten und dass besonders die Solidarität als zentraler Wert die Zusammenarbeit zwischen Staaten und Staatenverbänden leiten konnte. Das Verständnis von Solidarität baute dabei insbesondere auf den Werten der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – auf. Das Ziel war in erster Linie, die Armut, die in vielen Teilen der

Welt (z.B. in verschiedenen Regionen Afrikas, Asiens, Südamerikas) vorherrschte (und vorherrscht), zu überwinden. Weitere Ziele waren es, wirtschaftliche Entwicklung und Kooperationen voranzutreiben und zu etablieren, sowie das politische System des Westens in den erst gerade unabhängig geworden Staaten zu verankern. Die internationale Kooperation im Rahmen von demokratischen politischen Systemen sollte dabei als Alternative zum Kommunismus etabliert werden. Solidarität musste darüber hinaus auch in der österreichischen Gesellschaft vermittelt werden und zu einem positiven Momentum für die Entstehung und die Unterstützung der EZA werden. Aufgabe war es, sowohl politischen Willen als auch gesellschaftliche Unterstützung sicherzustellen, die für die frühe Phase der EZA kennzeichnend sein sollten. Solidarität als Kernwert der internationalen EZA leitete sich somit maßgeblich aus dem Gedankgut der sozialistischen Bewegung her, die darin die Umsetzung und Verwirklichung ihrer Kernwerte in der internationalen Kooperation erkannte.

3. Die Frühphase der österreichischen EZA mit Fokus auf Kreiskys Positionen und Einfluss anhand einer Dokumentenanalyse von Archivmaterial

Im Zuge der Forschungsarbeit wurden, neben verschiedenen Reden Kreiskys, einschlägige Veröffentlichungen, Parlamentsprotokolle, wissenschaftliche Texte über Kreisky und sein Wirken sowie auch Dokumente aus dem Kreisky-Archiv ausgewertet, die einen Einblick in die Arbeit Kreiskys in Bezug auf die EZA geben können. Wie schon zuvor erwähnt, handelt es sich bei den Dokumenten aus dem Kreisky-Archiv zum Teil um Korrespondenzen, die zwischen Kreisky und unterschiedlichen staatlichen und überstaatlichen Institutionen erfolgten, ebenso wie um Protokolle öffentlicher Einrichtungen und Ministerien, Zeitungsartikel, staatliche Dokumente, Konzepte und Regierungsrichtlinien sowie auch Interview- und Gesprächsprotokolle, wobei bei all den ausgehobenen Dokumenten ein Zusammenhang zur EZA besteht bzw. hergestellt werden kann.

Der Beginn der aktiven österreichischen Außenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg war von der Erlangung der Neutralität sowie der staatlichen Unabhängigkeit gekennzeichnet. Zudem war insbesondere die Zeit nach der Erlangung der Unabhängigkeit von dem Einfluss der Machtblöcke des Ostens und des Westens gekennzeichnet, die Österreich nach dem Krieg besetzt hatten. Der Kampf um die politischen und wirtschaftlichen Einflusszonen verlagerte sich zunehmend von Europa hin zu den ehemaligen Kolonialstaaten Afrikas und Asiens, die erst kürzlich ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit organisierter EZA, vor allem auch angesichts des Hungerproblems in vielen Teilen der Welt, wurde in der Zeit ab 1955 auch in Österreich vermehrt wach (vgl. Kreisky 1964: 552). Dennoch lag der Schwerpunkt der österreichischen Politik in dieser Phase weitgehend im Inneren und dementsprechend zaghaft waren die ersten Versuche, Außenpolitik im Sinne organisierter EZA zu betreiben (vgl. Röhrlich 2009: 255f.).

Im Gegensatz zu Kapitel zwei, das sich vorwiegend mit den Begründungen und Motiven für die Leistung von EZA auseinandersetzte, liegt der Schwerpunkt des dritten Kapitels auf den Rahmenbedingungen und den Aktivitäten, die im Zeitraum zwischen 1955 und 1970 in Österreich in Bezug auf die EZA gegeben waren bzw. getätigt wurden. Dabei wird im Laufe des Kapitels unter anderem auf die politische

Situation Österreichs, den Beitritt zu multilateralen, internationalen Organisationen und die ersten privaten und öffentlichen Projekte und Initiativen in Zusammenhang mit EZA eingegangen.

Neben der Gründung des IKFE⁶ im Jahr 1963, die den Beginn der koordinierten EZA in Österreich einläutet, stehen auch das Wiener Institut und der Marshall Plan für die Dritte Welt im Fokus dieses Abschnittes, wobei besonders die letzten beiden Institutionen maßgeblich von Kreiskys Einfluss geprägt wurden.

Bevor sich diese Arbeit mit der Gründung des IKFE, des Wiener Instituts bzw. mit der Entstehung des Marshall Plans für die Dritte Welt auseinandersetzt, ist es notwendig, einige Eckdaten der innenpolitischen Situation Österreichs in diesem Zeitraum anzuführen. Der Zeitraum von 1955 – 1966 war geprägt durch die großen Koalitionen von ÖVP und SPÖ. 1966 erlangte die ÖVP eine absolute Mandatsmehrheit und regierte bis 1970 allein. Von 1959 – 1966 war Kreisky Außenminister der Republik und war davor in verschiedenen Ämtern in der SPÖ tätig gewesen. Ab 1967 führte er die SPÖ in ihrer Rolle als Oppositionspartei an, bis er 1970 mit der SPÖ einen deutlichen Wahlsieg feierte und damit seine 13 Jahre andauernde Kanzlerschaft begann (vgl. Röhrlich 2009: 122ff.).

3.1 Österreichs erste Leistungen und Umsetzungsversuche in der Entwicklungshilfe

Österreichs Befassung mit der EZA erfolgte zu Beginn eher schleppend, aber durch den Beitritt zu den Vereinten Nationen folgte zwangsläufig die Pflicht, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Österreich wies erstmals 1956 Geldmittel für öffentliche EZA, in der Form von nicht näher definierter, bi- und multilateraler Finanzhilfe, im Budget aus. Allerdings bezog Österreich bis zu Beginn der 1960er-Jahre mehr entwicklungsfördernde Anleihen (ERP-Hilfe, Weltbankkredite) als es gewährte. Begründet wurde dies von Seiten der Politik oft durch die fehlende koloniale Geschichte Österreichs und somit die fehlende Infrastruktur und Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt (vgl. Hödl 2003: 28f.).

Im Rahmen der UN-Mitgliedschaft verpflichtete sich der junge Staat Österreich dazu, an den Programmen und Resolutionen der Vereinten Nationen teilzunehmen. Am Anfang der *Ersten Entwicklungsdekade* (1960 bis 1969) beschloss die UN-Generalversammlung eine Resolution, die eine Aufwendung von 1% des BIP von

⁶ Interministerielles Komitee zur Förderung von Entwicklungsländern

Seiten der Industrieländer für internationale Entwicklungshilfe forderte. Im Rahmen des Beitritts zur OECD⁷ im Jahr 1961 verpflichtete sich Österreich gleichsam, aktive Entwicklungshilfe zu leisten. Nachdem Österreich 1964 dem Komitee für Entwicklungshilfe der OECD (DAC) beitrug, wurde die österreichische EZA zum ersten Mal den internationalen Standards und Prüfkriterien in diesem Bereich unterworfen (vgl. Sagun 2013: 13).

Österreichs Verpflichtung, nun als Geberland stärker in Erscheinung zu treten, wurde von Karl Czernetz, einem Abgeordneten der SPÖ und Delegierten in der parlamentarischen Versammlung des Europarates, im Jahr 1960 wie folgt kommentiert:

„[...] wir werden uns langsam mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß wir Österreicher nicht dauernd in der Welt mit dem Bettelhut herumgehen und sagen können: Wir sind die Ärmsten, wir sind die armen Teufel, denen man was geben muß. Wir sind bereits so weit, daß wir im Rahmen der OECD, der neuen Entwicklungshilfsorganisation, zahlen müssen.“ (NRP IX/51, 1960: 2195)

Auch Kreisky war zu dieser Zeit schon davon überzeugt, dass Österreich „unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten, auch an europäischen Aktionen für Länder auf anderen Kontinenten mitwirken“ soll (vgl. Kreisky 1959:103). Die ersten Aktionen im Bereich der EZA von Seiten Österreichs kamen allerdings meist aus privaten Initiativen oder wurden durch Sammelaktionen finanziert. Dazu gab es die Missionstätigkeit der christlichen Kirchen und diverse Förderungen für ausländische Studenten, die nach Österreich kamen. Missionstätigkeit wurde von Kreisky zwar lobend anerkannt – „[...] diese Leistungen [müssen] sehr hoch eingeschätzt werden“ (BMAA, VII.6. Box 7 o.J.: 1f.) – und konnten aufgrund der bisher schon erzielten Erfahrungswerte besonders nützlich im Aufbau der EZA sein. Dennoch fielen sie nicht in den Bereich, der laut Kreisky in Bezug auf EZA Priorität besaß. Unter anderem stellte Kreisky in diesem Zusammenhang anfangs die Bedeutung von Bildungsmaßnahmen und technischer Zusammenarbeit in den Vordergrund (vgl. NRP IX/84, 1961: 3601).

Vor allem in der Bildung und dem Bildungsaustausch sah Kreisky eine Chance für sinnvolle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und gleichzeitig die Möglichkeit, im Rahmen der österreichischen Gegebenheiten in der EZA zu agieren. Einerseits verwies Kreisky auf die positive Hilfeleistung durch die Weitergabe von Kenntnissen,

⁷ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)

die Fachleute aller Art in Österreich erwerben konnten und die dann in den jeweiligen Empfängerländern gelehrt und weitergegeben wurden. Andererseits barg der Studentenaustausch mit Entwicklungsländern die Möglichkeit, dass eine dauerhafte Verbindung zwischen den Studierenden und Österreich entstand und als nicht zu unterschätzender Faktor die Zusammenarbeit zwischen den involvierten Staaten vorantreiben konnte (vgl. Kreisky 1962: 356).

So wurde etwa mithilfe eines Beitrages des BMU im Iran eine Gewerbeschule für technische Berufe finanziert, die österreichisches Lehrpersonal betreute. Des Weiteren wurden Stipendien an Studenten aus Entwicklungsländern und dem arabischen Raum vergeben (vgl. Kreisky 1962: 358). Im politischen Diskurs wurde allerdings kritisiert, dass sich die Leistungen des österreichischen Staats vorwiegend auf finanzielle Beiträge an die Vereinten Nationen konzentrierten und aktive, bilaterale EZA in diesem Zusammenhang eher im Hintergrund stand (vgl. Sagun 2013: 28).

Zum damaligen Zeitpunkt (Anfang der 1960er-Jahre) gab es keine geschlossene, zusammenfassende Darstellung der vom österreichischen Staat aufgewendeten Mittel im Bereich der EZA. Um einen ersten Eindruck von den Leistungen der österreichischen EZA in Afrika zu gewinnen, ist es notwendig, auf Quellen zurückzugreifen, die auf Anfrage eines Schweizer Journalisten zu österreichischen bilateralen Entwicklungshilfeleistungen in Afrika 1962 vom Außenministerium angefertigt wurden und eine Auflistung von staatlichen und privaten EZA-Projekten in Afrika enthielten. Hierbei wurde auch ein Statement zu Art und Umfang der geleisteten EZA abgegeben. Das Statement diente als Begründung für das aus den Dokumenten hervorgehende relativ geringe Engagement auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Von Seiten der Regierung wurden darin unter anderem die lange Besetzung und ein großer wirtschaftlicher Nachholbedarf als Gründe für die relativ beschränkten Aufwendungen im Rahmen der EZA angeführt.

Zu den in den Unterlagen angeführten Beispielen zählten Stipendienaktionen, Studienfahrten, ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb in Tanganjika, die Mitfinanzierung von Krankenhäusern und Spitälern sowie Ausbildungsplätze bzw. -programme. Zusätzlich zur oben genannten Begründung des beschränkten Umfangs der EZA verwies das BMaA darauf, dass einerseits zum Nahen und Mittleren Osten traditionell eine engere Bindung bestand, wobei auch dort bereits Entwicklungshilfe geleistet wurde, deren Umfang allerdings in dem vorliegenden Bericht nicht inkludiert war. Ebenso wurde darauf Bezug genommen, dass die

österreichische EZA damals nach Sachgebieten und nicht nach geographischen Faktoren aufgeteilt wurde, was einen generellen Überblick über die Verteilung der Mittel in den unterschiedlichen Regionen erschwerte (vgl. ebd. 2013: 29f.).

Die ersten Ansuchen um Entwicklungshilfe von Seiten der Entwicklungsländer in Afrika und Asien gab es bereits Ende der 1950er-Jahre. Von zwölf Ansuchen wurde aber damals nur eines positiv erledigt. Das BMaA hatte in dieser Hinsicht allerdings nicht die alleinige Entscheidungsgewalt, da ihm die Ausgabenbefugnis für EZA-Mittel damals fehlte. Aus diesem Grunde wurden die vom Staate Österreich getätigten Ausgaben für Entwicklungshilfe vom Finanzministerium genehmigt (vgl. ebd. 2013: 31). Ebenso existierte damals keine geschlossene, zusammenfassende Darstellung sämtlicher, in den einzelnen Regionen für EZA aufgewendeten Mittel.

Allgemein gesehen fehlte es in Bezug auf die EZA in der Anfangszeit sowohl an einer organisationellen Struktur wie an einer institutionellen Verankerung, worauf Kreisky und verschiedene Parlamentsabgeordnete wiederholt verwiesen. In einer Rede im Parlament plädierte er dafür, dass „dieses Problem [EZA] aus dem leidigen Kompetenzstreit“ heraus gehalten werden sollte. Viel wichtiger war es ihm, „zu einer Verständigung darüber [zu] kommen [...], ob und in welcher Form sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligt.“ (NRP IX/84, 1961: 3601)

3.2. Neustrukturierung und Schwerpunktsetzung – Gründung des IKFE

Da es im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe Anfang der 1960er-Jahre nur unklare kompetenzrechtliche Grundlagen bzw. keine rechtlichen Regelungen für Initiativen in dieser Hinsicht gab, herrschte weitgehend eine chaotische Verteilung von Kompetenzen zwischen den Ministerien. So wurden die Mittel für Entwicklungshilfe in der damaligen Periode vom Finanzministerium zur Verfügung gestellt, die Leistungen im Zuge der EZA wurden allerdings dem entsprechenden, leistungserbringenden Ministerium zugerechnet. Anfang der 1960er-Jahre entwickelte sich so, vor allem im BMaA, eine gewisse Unzufriedenheit hinsichtlich der Koordination und des Umfangs der erbrachten Leistungen im Rahmen der EZA. Die Verpflichtung, Entwicklungshilfe zu leisten, die durch den Beitritt zur OECD entstanden war, verschärfte diese Probleme noch (vgl. Sagun 2013: 32).

Um komplizierte Verwaltungswege zu vermeiden, wurde ein alle Ministerien umfassendes, interministerielles Komitee zur Förderung von Entwicklungsländern

(IKFE) gegründet. Laut dem eingebrachten Bericht und dem Antrag des damaligen Bundeskanzlers Gorbach im Jahre 1963, betreffend die „Einsetzung eines interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer“, fehlte ein umfassendes Konzept zur Koordination von bi- und multilateraler Entwicklungshilfe. Besonders weil die bisherigen Mittel und Fachkräfte, die Österreich bereitgestellt hatte, verhältnismäßig gering ausfielen, „erscheint eine erhebliche Verstärkung aller Bemühungen [...] notwendig.“ (Bundeskanzleramt, VII.6. Box 7, 1963: 1)

Das Dokument zur Gründung des IKFE vom 02. Mai 1963 beinhaltet schließlich den Antrag

„...die Errichtung eines „Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer“ [zu] beschließen, bestehend aus je einem Vertreter aller Bundesministerien, des Bundeskanzleramtes – verstaatlichte Unternehmungen und der Sektion für wirtschaftliche Koordination, das Bundeskanzleramt – Sektion für wirtschaftliche Koordination mit dem Vorsitz [zu] betrauen und [zu] genehmigen, daß diesem, „Interministeriellen Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer“ Experten (Kammern, Interessenvertretungen und andere mit Problemen der Entwicklungshilfe befaßte Organisationen und Personen) zugezogen werden können.“ (Bundeskanzleramt, VII.6. Box 7, 1963: 2)

Eingerichtet wurde die Geschäftsstelle beim Bundeskanzleramt – Sektion für wirtschaftliche Koordination – und der erste Bericht über die von Österreich in Aussicht gestellten Maßnahmen in Angelegenheiten der EZA erfolgte am 30. Juni 1963 (vgl. Bundeskanzleramt, VII.6. Box 7, 1963: 2f.).

Das IKFE beschäftigte sich nun weitgehend mit bilateraler technischer Hilfe für Entwicklungsländer, wobei die Finanzierung der jeweiligen Projekte aus dem Bundesbudget oder aus den Mitteln des ERP-Fonds bestritten wurde. Mit dem Jahr 1963/64 wurde ein Abkommen mit den USA geschlossen, welches Unterstützung und Hilfe für unterentwickelte Länder und Regionen vorsah und über den ERP-Fonds finanziert wurde. Dabei floss ein großer Anteil der der EZA gewidmeten Gelder des Fonds an die Türkei, Indien und auch an Jugoslawien, wobei Afrika nur eine untergeordnete Rolle einnahm (vgl. Sagun 2013: 37).

Laut einem Bericht aus den frühen 1960er-Jahren, in dem immer wieder auf Aussagen und Forderungen von Außenminister Kreiskys eingegangen wurde und den das BMaA ohne genaue Jahreszahl veröffentlichte, wollte das BMaA versuchen, „einen Beitrag zu Konzeptuierung eines Programms der österreichischen

Entwicklungshilfe zu liefern.“ (BMaA, VII.6. Box 7, o.J.: 1) In dem Bericht wird unter anderem erwähnt, dass Kreisky bereits zuvor des Öfteren eine ganzheitlichere Betrachtung von Entwicklung gefordert hatte.

„Das bedeutet, daß die verschiedenen Bereiche und Formen der Entwicklungshilfe: die bilaterale und die multilaterale, die vom privaten und die vom öffentlichen Sektor ausgehende, die Wirtschaftshilfe und die technische Hilfe, politische und administrative Erwägungen, in ihrem funktionellen Zusammenhang und ihrer zeitlichen Interdependenz zu verstehen sind.“ (BMaA VII.6. Box 7, o.J.: 1)

Weiters ist daraus erkennbar, welche Punkte für das Außenministerium zu diesem Zeitpunkt Priorität besaßen. Im Gegensatz zu den Zielen, die durch die Gründung des IKFE verfolgt werden sollten, nämlich die Koordination der EZA des österreichischen Staates, sieht das BMA eine fehlende Schwerpunktsetzung in der österreichischen Entwicklungshilfe und in diesem Zusammenhang unmittelbaren Handlungsbedarf. Zum einen geht es dabei um die Bestimmung von Ländern und Regionen, die für österreichische Entwicklungshilfe in Frage kommen, zum anderen betrifft es die Frage, in welcher Form Entwicklungshilfe geleistet wird (vgl. BMA, VII.6. Box 7, o.J.: 1f.).

Das BMA fordert hier zuerst eine Festlegung des „Was“, in Form der Gegenstände bzw. Ziele der EZA, und somit auch der Leistungen, die im Rahmen der Entwicklungshilfe durch Österreich erbracht werden sollen, bevor man festlegt, „Wie“ die EZA organisiert und administriert wird. Des Weiteren wird der Grundsatz vertreten, dass EZA eine „primär außenpolitische Aufgabe“ (BMaA, VII.6. Box 7, o.J.: 1f.) ist. Dem BMA soll sowohl bei der Entwicklung der Politik, der Gestaltung der Programme sowie bei individuellen Projekten eine entscheidende Rolle zukommen. Bei individuellen Projekten bezieht sich die Rolle des BMA vorwiegend auf die Wahrnehmung der außenpolitischen Aspekte und nicht auf die Durchführung der Vorhaben. Eine Ausnahme bestand bei Projekten mit eminent außenpolitischer Bedeutung (z.B.: Wiener Institut für Entwicklungsfragen) (vgl. BMA, VII.6. Box 7, o.J.: 1f.).

Bezüglich der Erfahrung mit Entwicklungshilfetätigkeit wird im Bericht vermerkt, dass bis dahin nur im Rahmen von religiösen Missionstätigkeiten Erfahrung mit EZA gesammelt wurde. Es wird aber auch darauf verwiesen, dass private Organisationen,

Gewerkschaften sowie Städte und Gemeinden zu den potenziellen Akteuren gehören, welche einen Beitrag zur EZA leisten können (vgl. BMA VII.6. Box 7, o.J.: 1f.).

Ein weiteres Dokument, das unter der Mitwirkung Kreiskys entstand, sind die „Gedanken zu einer allfälligen Reorganisation des IKFE“ aus dem Jahr 1970, zu einer Zeit als Kreisky bereits Bundeskanzler Österreichs war. Darin wird einerseits auf die Geschäftsordnung (Organisation und Rahmenbedingungen) des IKFE eingegangen, wie beispielweise die Errichtung des Instituts, dessen Zusammensetzung, Aufgabenstellung, finanzielle Basis, die Arbeitsgruppen des IKFE, das Plenum sowie den rechtlichen Charakter. Andererseits werden Punkte angeführt, die Reformmöglichkeiten für das IKFE aufzeigen. Dass damals zwischen den finanziellen Möglichkeiten des IKFE und den erforderlichen Mitteln für das ausgegebene Programm eine Divergenz herrschte, liegt laut diesem Bericht nicht an den Aktionen des IKFE selbst, sondern hat mit der Bundesbudgetgestaltung zu tun, die für EZA zu geringe Mittel einräumte (vgl. Bundeskanzleramt VII.6. Box 7, 1970: 1ff.).

Mehrmals negativ erwähnt wird die Form der jährlich gestellten Anträge und der darauf folgende Finanzierungszuschlag. Eine langfristige Planung wird dadurch für Projekte unmöglich gemacht. Als Gegenbeispiel dazu wird die Schweiz erwähnt, die verfügbare öffentliche Mittel für drei Jahre im Voraus festlegte. Bezüglich einer Neustrukturierung sieht der Bericht eine kleinere Arbeitsgruppe als praktikabler an. Um die Verfahren im IKFE zu beschleunigen und ökonomischer zu gestalten, wäre, laut dem gegenständlichen Bericht, eine Einschränkung der Arbeitsgruppe auf vier ständige Mitglieder/innen, mit der Möglichkeit zur Aufstockung, wenn dies fachlich notwendig ist, anzudenken. Der jährliche Bericht des IKFE soll eine größere Publizität erfahren und nicht nur dem Ministerrat, sondern auch interessierten nichtstaatlichen Stellen zur Verfügung stehen. Weiters schlägt der Bericht eine bessere Koordination der privaten und öffentlichen Entwicklungshilfe vor und weist darauf hin, dass „das Nichtbestehen einer gesetzlichen Regelung der Materie Entwicklungshilfe⁸ einen Mangel darstellt, der sich bei der Wahrnehmung der Belange der Entwicklungshilfe sehr nachteilig auswirkt“. (Bundeskanzleramt, VII.6. Box 7, 1970: 8f.)

Laut den vorliegenden und ausgehobenen Dokumenten ist nur eine passive Auseinandersetzung von Seiten Kreiskys mit dem IKFE erkennbar. Die Dokumente

⁸ „Erst durch das Entwicklungshilfegesetz 1974 (BGBl 474) wurde eine materiell-rechtliche Grundlage für die staatliche Entwicklungshilfe geschaffen, welche in der gesamten Zeit des IKFE fehlte. Die wesentlichen Neuerungen durch dieses Gesetz waren die Schaffung eines Beirates für Entwicklungshilfe und die Festlegung genauer Regeln für die Planung und Berichterstattung.“ (Sagun 2013: 1)

geben auch keinen Aufschluss darüber, inwieweit Kreisky bei deren Erstellung involviert war. Als Außenminister bzw. als Kanzler ist aber davon auszugehen, dass die vorliegenden Berichte und Arbeiten unter seiner Verantwortung entstanden und somit die Perspektiven auf die österreichische EZA in der damaligen Regierung abbilden sollten. Kreisky hatte als wesentlicher Bestandteil der damaligen Regierungsmannschaft grundlegenden Einfluss auf die Etablierung und Ausarbeitung dieser Ansichten, auch wenn er nicht persönlich in den Dokumenten als Autor auftritt. Einen wesentlich aktiveren Part nahm Kreisky zu dieser Zeit bei der Gründung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen ein.

3.3 Wiener Institut für Entwicklungsfragen

Der Gründung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen sind folgende Schritte und Überlegungen vorausgegangen:

Da es in der Dekade von 1951 bis 1961 „noch nicht zu jener internationalen Zusammenarbeit [kam], die der neuen Situation gerecht wäre“, wurde eine Konferenz vom „Theodor Körner Stiftungsfonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst“ einberufen, die „den Umfang und die Art internationaler Zusammenarbeit auf allen Gebieten bestimmen [soll], die notwendig sind, um eine echte Erhöhung des Lebensstandards in den weiten Notstandsgebieten der ehemals kolonialen Welt herbeizuführen.“ (Theodor Körner Stiftungsfonds Konferenzsekretariat, III.8. Box 9, 1962: 1)

Die bisherigen Leistungen im Sinne von „wirtschaftlicher Hilfe“ für „weniger entwickelte Staaten“ waren bei Weitem noch nicht ausreichend. In manchen Gebieten verschlechterte sich die Lage sogar. Laut UN lebte „ein Drittel der Weltbevölkerung [zu diesem Zeitpunkt (1960-1970)] in einem Zustand der äussersten Not“ und die Organisation erklärte dieses Jahrzehnt zum „Jahrzehnt der Entwicklungshilfe der Vereinten Nationen.“ (ebd. 1962: 1) Dies sollte als Aufruf gelten, die Bemühungen und Unterstützungen zu intensivieren, die „zu einem selbständigen Anwachsen der Wirtschaft der einzelnen Nationen“ führen sollten. (ebd. 1962: 1)

Da der Initiative der UN der „nötige öffentliche Widerhall“ fehlte und sie dadurch nicht ihre volle Wirksamkeit erreichen konnte, wollte der „Theodor Körner Stiftungsfonds“ mit der oben angesprochenen Konferenz einen Beitrag zur

Ausweitung der EZA leisten. In Vorbereitung der Konferenz, welche zwischen 1. und 7. Juli 1962 stattfinden sollte, trafen „eine Gruppe hervorragender Gelehrter und Staatsmänner in Wien zusammen“, um sich mit der „Erörterung der grundlegenden Probleme, die die Hauptthemen der Konferenz bilden sollen, befassten“. (ebd. 1962: 1)

Diese Gruppe verfasste ein Dokument mit drei Kapiteln, welches als Grundlage für die Konferenz dienen sollte. Die Kapitel beschäftigten sich mit den „wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen Entwickelten und Entwicklungsländern“, mit den „Problemen der Hilfe empfangenden Staaten [...] insbesondere mit der Umwandlung und modernisierung [sic!] ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur“ sowie mit Maßnahmen, die zur Durchführung der Programme und deren Methoden erforderlich waren. (ebd. 1962: 1)

Als Ergebnis der vom Entwicklungsfonds abgehaltenen Konferenz konnte die „Wiener Erklärung über die Zusammenarbeit zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung“ ratifiziert werden. (ebd. 1962: 1) Diese beinhaltete die Erklärung über die Absicht zur Verringerung der Kluft zwischen entwickelten Staaten und den Entwicklungsländern, zur Förderung der Agrarproduktion sowie zur Bereitstellung von technischer und materieller Hilfe im Rahmen der EZA. Darüber hinaus wurde eine Empfehlung abgegeben, die Industriestaaten zur Bereitstellung von einem Beitrag von 1% des BIP für die internationale EZA zu verpflichten (vgl. Wiener Institut für Entwicklungsfragen III.8. Box 10, 1968: 2f.). Schließlich enthält die Erklärung auch die folgende Aussage: „Wie empfehlen, dass die öffentliche Meinung der entwickelten Länder auf die Eigenart, die Bedürfnisse und das kulturelle Erbe der Entwicklungsländer aufmerksam gemacht wird.“ (Theodor-Körner-Stiftung, III.8. Box 9, o.J.: 1)

Neben der Wiener Erklärung wurde von einigen Teilnehmern der Konferenz die Schaffung eines ständigen „Büro[s] für Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung des Gedankens der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen hochentwickelten Ländern und Entwicklungsländern“ angeregt. (ebd. o.J.: 1) Daraus entstand 1963 schließlich das Wiener Institut für Entwicklungsfragen (vgl. Theodor-Körner-Stiftung, III.8. Box 9, o.J.: 1ff.).

Laut Kreiskys Memoiren führte letztlich eine Empfehlung von Jawaharlal Nehru dazu, dass Kreisky das Institut nicht für konkrete Entwicklungsaufgaben konzipierte, sondern dass es als eine Art Public Relations Institut für Entwicklungsfragen für die jungen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fungierte. Deswegen wurde bei

der Namensgebung die neutralere Bezeichnung „Wiener“ anstatt „österreichisches Institut“ verwendet (vgl. Kreisky 1988: 263).

Die Hauptaufgabe des Instituts bezieht sich demnach darauf, die öffentliche Meinung und die meinungsbildenden Institutionen, wie Medien, Gewerkschaften, Parteien oder Volksvertretungen, in den Ländern, die Entwicklungshilfe gewähren, mit den „Problemen der Entwicklungshilfe in höherem Maße vertraut zu machen“. (Theodor-Körner-Stiftung, III.8. Box 9, o.J.: 1) Dadurch soll es möglich werden, die nötigen finanziellen Mittel, die für EZA benötigt werden, aufzubringen und vor dem/der Steuerzahler/in zu legitimieren (vgl. ebd. o.J.: 1f.).

Für das „Institut, welches von Regierung oder Organisationen vollkommen unabhängig ist“, wurde vor allem von afro-asiatischer Seite ersucht, dass Kreisky „die Funktion des Präsidenten des Kuratoriums“ übernehme (ebd. o.J.: 2). Des Weiteren waren unter anderem folgende Persönlichkeiten auf der Liste des Kuratoriums zu finden: Willy Brandt, Alva Myrdal, Ahmed Ben Salah, B.K. Nehru (vgl. ebd. o.J.: 3).

Durch die Unabhängigkeit des Instituts war es Kreisky möglich, eigenständiger als in seiner Funktion als Außenminister zu handeln. Kreisky konnte dabei eigene Projekte anregen, eine Abstimmung mit der Regierung war aber grundsätzlich notwendig. In dem zweieinhalbjährigen Prozess von der Konzeption bis zur Gründung des Instituts war Kreisky als geschäftsführender Vizepräsident der Theodor Körner Stiftung selbst als Initiator des Projektes und somit auch wesentlich an der Detailarbeit zu Gründung beteiligt (vgl. Röhrlich 2009: 265).

Die Medien betitelten die Schritte bis zur Veröffentlichung der „Wiener Erklärung“ mit durchaus plakativen Statements als „Fahrplan für eine bessere Welt“ (Mühlfeld, III.8. Box 9, 1962: 1) oder als „Wichtiger als Weltraumfahrt.“ (Anonym, III.8. Box 9, 1962: 2) Allerdings wird (in den hier angeführten Beiträgen) darauf hingewiesen, dass Entwicklungshilfe nicht auf Spendengaben basieren sollte, sondern auf einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, von der beide Seite profitieren könnten (vgl. ebd. 1962.: 2).

Kreisky sagte in seinen Memoiren, dass er bei der Zusammenstellung der Konferenz sehr von der Personenkenntnis von Peter Strasser profitierte, der in einer beratenden Funktion für Kreisky fungierte, und gab drüber hinaus zu erkennen, dass „wenn es einen gab, der weniger von den Dingen verstand als die anderen, so war das ich.“ (Kreisky 1988: 262)

Sowohl aus dem eben angeführten Zeitungsartikeln sowie auch aus der Begrüßungsrede Kreiskys bei der „Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Partnerschaft“ ist ein starker Optimismus zu erkennen und Zuversicht in Hinblick auf eine rasche Verbesserung der Situation in den Entwicklungsländern. Bei der Frage nach dem Zeitraum der Umsetzbarkeit des Plans, der im Zuge der Konferenz entstehen sollte, zog Kreisky Parallelen mit den historischen Entwicklungen in den USA Anfang des 20. Jahrhunderts bzw. dem Wiederaufbau Europas nach dem zweiten Weltkrieg. Die verbesserten Möglichkeiten in Hinblick auf Produktionsmittel, Transportmittel oder auch pädagogische Betreuung sollten weiters zu einer Beschleunigung der Entwicklung in den Empfängerländern beitragen (vgl. Kreisky 1962: 360f.).

Das entwicklungspolitische Denken der damaligen Zeit war in dieser Hinsicht von einem gewissen Fortschrittsoptimismus gekennzeichnet, der vom erfolgreichen Wiederaufbau Europas stark geprägt war und dazu verleitete, von ebenso raschen Verbesserungen in den Entwicklungsländern auszugehen. Laut Hödl (2003: 42) fand „eine Reflexion entwicklungspolitischen Handelns [...] in diesen frühen Jahren allem Anschein nach so gut wie nicht statt, die kulturellen und sozioökonomischen (geschweige denn von ökologischen) Konsequenzen von Entwicklungshilfe wurden ebenso wenig thematisiert wie Probleme des Paternalismus und Eurozentrismus.“

Zu den Programmpunkten, die im Rahmen der Salzburger Konferenz (in Hinblick auf die Kooperation zwischen besitzenden und besitzlosen Staaten) festgelegt wurden, gehörten unter anderem die Schaffung der Voraussetzungen für eine moderne Gesellschaft auf Basis einer entwickelten Landwirtschaft sowie moderner Produktionsbedingungen, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, eine Förderung des Exports in den Entwicklungsländern, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Handel und eine eingeschränkte Protektion der Märkte in den unterentwickelten Volkswirtschaften sowie eine zeitweise Stabilisierung der Preise und der Absatzbedingungen der Entwicklungsländer. Zu diesem Zweck sollten internationale multilaterale, bilaterale und auch regionale Abkommen geschlossen werden. Der wirtschaftliche Austausch zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten würde dabei allen Teilnehmern/innen zum Vorteil gereichen (vgl. Theodor Körner Stiftungsfonds Konferenzsekretariat, III.8. Box 9, 1962: 2ff.).

Im Zuge der zweiten Wiener Erklärung für Entwicklungsfragen im Jahre 1968 wurde von Seiten des Wiener Instituts eine Rückschau auf die erste Entwicklungsdekade unternommen. Darin wird auf den fehlenden Aufbau eines Durchführungsmechanismus für die Verpflichtung zur Leistung eines Beitrags von 1% des BIP für die Förderung der Entwicklungshilfe unter den Industrienationen

verwiesen. Durch eine solche Verpflichtung hätte ein Rückgang der effektiven Leistungen für die Entwicklungshilfe in der zweiten Hälfte der vorangehenden Entwicklungsdekade vermieden werden können. Die Industrienationen warfen den Entwicklungsländern in diesem Zusammenhang vor, sich zu wenig auf den Prozess der Umsetzung der Hilfsprogramme zu konzentrieren. Von Seiten der Entwicklungsländer wurde wiederum der Wille der Industrieländer zur Entwicklungszusammenarbeit angezweifelt (vgl. Wiener Institut für Entwicklungsfragen, III.8. Box 10, 1968: 1ff.). Die erste Entwicklungsdekade ließ neue Initiativen entstehen und brachte große Erwartungen mit sich. Diese konnten nur bedingt erfüllt werden, allerdings wird im genannten Dokument darauf verwiesen, dass bezüglich des Wirtschaftswachstums in einigen Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Erfolge erzielt werden konnten. Diese Erfolge durften jedoch „nicht eindeutig als Ergebnis eines bestimmten Aktionsprogramms oder als Erfüllung von Verpflichtungen [...] angesehen werden.“ (ebd. 1968: 16)

Die zweite Wiener Erklärung enthält auch eine Vorschau für die zweite Entwicklungsdekade, in der unter anderem zu langfristigeren Kooperationen geraten wird. Mit der Ausrichtung auf kurzfristiges Wachstum wäre demnach in den vorangehenden Jahren auch viel Schaden angerichtet worden. Im Fokus sollten in Zukunft vor allem landwirtschaftliche Investitionen stehen, wobei neben der Produktion auch die Lagerung der Güter wichtig sei. Darüber hinaus sollte der industriellen Entwicklung besondere Beachtung geschenkt werden. Hier wird auch auf die besondere Rolle der UNIDO in diesem Zusammenhang hingewiesen. Darüber hinaus sollten die Fähigkeiten bzw. das Bildungsniveau der Menschen in den Entwicklungsländern, vor allem unter dem Stichwort „technische Hilfe“, verbessert, aber gleichzeitig eine Abwanderung von qualifizierten Fachkräften vermieden werden (vgl. ebd. 1968: 7ff.).

Die Rückzahlung von Schulden an Kreditgeber und Investoren wird in dem Dokument als kaum tragbare Belastung für die Entwicklungsländer bezeichnet, wobei hier sowohl die Voraussetzungen als auch die Bedingungen für die Kredite einer Verbesserung bedurften. Die zweite Entwicklungsdekade sollte somit ein langfristiges Programm für koordinierte internationale Strategien mit sich bringen, die den raschen wirtschaftlichen Fortschritt in den Entwicklungsländern, aber auch in den Industriestaaten im Rahmen der EZA sicherstellten (vgl. ebd. 1968: 7ff.).

Auch im Protokoll zu einer „Besprechung über grundsätzliche Fragen der Entwicklungshilfe bei [sic!] Herrn Bundesminister“ vom 16. Juli 1965 wurde, ähnlich

wie beim Wiener Institut, auf die ideelle Basis der Entwicklungshilfe in der Öffentlichkeitsarbeit hingewiesen. Eine besondere Bedeutung maßen die Verfasser dabei dem „Verständnis der Öffentlichkeit für Fragen der Entwicklungshilfe“ auf nationaler Ebene bei und riefen zu „aktiver Bereitschaft“ auf. (Anonym, VII.6. Box 7, 1965: 5) Die Medien sollten intensiv dazu herangezogen werden, um dieses Verständnis und ein grundlegendes Bewusstsein für die Notwendigkeit der EZA zu fördern. In ähnlicher Hinsicht diente das Wiener Institut auf internationaler Ebene als eine Art Public Relations Forum (vgl. ebd. 1965: 5).

Rückblickend können dem Wiener Institut internationales Renommee und etliche Erfolge in den diplomatischen Bemühungen zur Förderung der internationalen EZA attestiert werden. Ebenso war die Gründung des Wiener Instituts in dieser Hinsicht ein Teil von Kreiskys Imagepolitik, die darauf abzielte, Österreich als internationalen Standort für Konferenzen und als Schauplatz der Weltpolitik zu profilieren (vgl. Kreisky 1988: 256).

3.4 Marshall Plan für die Dritte Welt

Schon während der Umsetzung des Marshall Plans in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg machte sich Kreisky Gedanken darüber, in welcher Form sich die gesunden europäischen Länder im Rahmen der internationalen Solidarität dankbar zeigen können:

„Die Wirtschaft der wiedererstarkten europäischen Staaten hätte die Aufgabe, die Zuwendungen aus dem Marshallplan als Kredite zu betrachten und je nach Grad ihrer Rehabilitierung diese Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau der sogenannten Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Ich war überzeugt davon, dass es sich hier um eines der entscheidenden Probleme der unmittelbaren Zukunft handelte. Und mir war klar, dass dieses Problem nur durch einen Akt der internationalen Solidarität gelöst werden konnte.“ (Kreisky 1988: 259)

Überlegungen wie diese, sowie der Ansatz des deutschen Entwicklungspolitikers Kalbitzer, der 1956 sagte, „wir sollten geben, weil uns gegeben worden ist“ (Eppler 1991: 1), regten Kreisky zur Entwicklung des Konzepts des „Marshall Plans für die Dritte Welt“ an. Die eben angeführten Aussagen lassen Kreiskys Perspektive auf die internationale EZA, aufbauend auf den Werten der Solidarität zwischen verbündeten Staaten, erkennen. Dabei steht direkt die Gestaltung der internationalen politischen Zusammenarbeit sowie der zukünftigen weltpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Vordergrund. Es ergibt sich so eine Verknüpfung zwischen dem

Wertekonstrukt der sozialistischen Internationale, hier bezogen auf die Solidarität, und der ökonomischen Zusammenarbeit bzw. der Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Idee und der Inhalt des ursprünglichen Marshall Plans überzeugten Kreisky von der Notwendigkeit, einen Teil der Ressourcen eines wieder wohlhabenden Europas der Unterstützung von anderen Teilen der Welt zu widmen. Kreiskys entwicklungspolitische Vorstellungen zu den Formen dieser Unterstützung waren anfangs, auch in Hinblick auf die Formulierung der Idee des Marshall Plans für die Dritte Welt, noch wenig ausgereift (vgl. Röhrlich 2009: 259).

Die ersten konkreteren Konzepte hierzu beinhalteten folgenden Ansatz für den Kreisky eintrat: Die Mitgliedsstaaten der OEEC⁹ sollten innerhalb eines Fonds den Entwicklungsländern „*drawing rights*“ einräumen, die es ihnen erlaubten, diese Rechte bei den Mitgliedsstaaten der OEEC für die Gewährung von Krediten frei auszunutzen. Von Seiten des Generalsekretärs der OEEC blieb die Zustimmung für Kreiskys Idee allerdings aus und es wurden Einwände dagegen erhoben (vgl. Kreisky 1993: 160ff.).

Kreisky war von dem Konzept des „Marshall Plans für die Dritte Welt“ überzeugt. Durch den Namen erhoffte sich Kreisky, das Interesse der USA zu gewinnen und dadurch auch ein größeres europäisches Engagement zu erreichen. Weitere Vorteile sah er darin, dass die Verrechnungsmodalitäten des Marshall Plans auf die Entwicklungsländer angewendet werden konnten und dass kleinere Staaten, wie Holland, Belgien, Schweden, Dänemark und auch Österreich, so zu einer effizienten multilateralen Entwicklungshilfe beitragen konnten, da die bilaterale Entwicklungshilfe die Kraft der kleinen Länder oft überstieg. Außerdem sah Kreisky die Kreditpolitik mit Entwicklungsländern als unpassend und moralisch nicht immer einwandfrei an (vgl. Kreisky 1988: 267).

Bei einer Rede, die Kreisky 1965 in Dallas im Zuge des *Dallas Council on World Affairs* hielt, sprach er davon, dass die Methoden des Marshall Plans nicht statisch angewendet werden könnten, wenn man es mit Ländern zu tun hätte, die über keine oder nur eine magere Infrastruktur verfügten. Es sei laut Kreisky aber anzunehmen, dass die geheime Erfolgsformel des Marshall Plans gerade in seinem multilateralen Charakter sowie in dem System der kollektiven Planung und Gestaltung von Hilfsprogrammen liege (vgl. Kreisky 1981: 656f.).

⁹ Die OEEC (Organisation for European Economic Co-operation) wurde 1948 zur Koordinierung des Wiederaufbaus im durch den Krieg zerstörten Europa gegründet. 1961 entstand daraus die OECD (vgl. OECD).

Kreiskys Aussagen in Verbindung mit dem Marshall Plan für die Dritte Welt scheinen, besonders in den ersten zwanzig Jahren der Nachkriegszeit, von einem gewissen Planungsoptimismus gekennzeichnet zu sein. Dieser Planungsoptimismus bezog sich darauf, die Probleme und Entwicklungshindernisse von Entwicklungsländern im Zuge eines Plans zur Kooperation umfassend zu lösen. Auch Kreisky folgte dieser Idee weitgehend (vgl. Röhrlich 2009: 263).

Die „Unterentwicklung“ bzw. den „Hunger“ zu überwinden, „sei keine Frage der Möglichkeit, sondern des Wollens.“ (Kreisky 1963: 75) Durch den technologischen Fortschritt, den Zugang zu beinahe unbegrenzten Energieressourcen sowie zu qualifizierten Arbeitskräften stünden die Mittel zur nachhaltigen EZA schon bereit. Deren Erfolg würde aber letztlich von der Fähigkeit der Staaten zur gerechten Verteilung der vorhandenen Reichtümer abhängen (vgl. Kreisky 1963: 75f.). Kreisky selbst erlag nun auch dem Fortschrittsoptimismus, indem er beispielsweise Kunstdünger oder Schädlingsbekämpfungsmittel als Segen der Zivilisation anpries. Auch die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums bzw. die potentielle Endlichkeit von Ressourcen fanden zum damaligen Zeitpunkt in den Überlegungen noch keine Berücksichtigung (vgl. Röhlich 2009: 263f.).

Ab Mitte der 1960er-Jahre mischten sich auch immer wieder kritische Töne in die Aussagen Kreiskys zur EZA, dennoch blieb er aber optimistisch bezüglich der Einschätzung der Lösbarkeit der vorhandenen Probleme. Auch in den 1970er-Jahren blieb er seiner Dritte Welt-Politik weitgehend treu.

So sprach Kreisky auf einer Zusammenkunft des Wiener Instituts im Jahr 1978 davon, dass es im Rahmen eines weitreichenden Ressourcentransfers zwischen entwickelten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern, speziell durch langfristige Infrastrukturpläne, zu einem Entwicklungsschub kommen könne, von dem alle Teilnehmer/innen profitierten (vgl. Röhrlich 2009: 334). Der Planungsoptimismus Kreiskys betrifft hier auch die Steuerung und Unterordnung der Entwicklungsländer unter die Organisations- und Ordnungsprinzipien der entwickelten Staaten, da sich die Empfängerländer den Vorgaben der Geberländer weitgehend unterzuordnen hätten. Dies ist zum Teil widersprüchlich zu Kreiskys früheren Aussagen, wonach die politischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten in den Entwicklungsländern respektiert und in den Entwicklungsprozess mit einbezogen werden sollten.

In den 1980er-Jahren relativierten sich die Ambitionen im Rahmen des Marshall Plans für die Dritte Welt, da vor allem der aufkommende Wirtschaftsliberalismus sowie die konservative politische Wende, beispielsweise in den USA und England,

den sozialdemokratischen Fortschrittsoptimismus in den Hintergrund drängten. Dies zeigte sich auch 1982 im Rahmen des Gipfeltreffens in Cancun, bei dem die neuen geopolitischen Entwicklungstendenzen schon deutlich an Gewicht gewonnen hatten (vgl. Röhrlich 2009: 260ff).

Vor dem Forum des Wiener Instituts hatte Kreisky die Idee des „Marshall Plans für die Dritte Welt“ immer wieder forciert. Von einigen führenden Vertretern der Dritten Welt wurde daraufhin eine Namensänderung in „Kreisky-Plan“ vorgeschlagen. 1984 wurde diese Namensänderung, als Zeichen der Wertschätzung, im Kuratorium des Wiener Instituts einstimmig angenommen (vgl. Kreisky 1988: 264).

4. Conclusio

Österreich war 1955 nach der Besatzungszeit und der Erlangung der Unabhängigkeit in erster Linie mit sich selbst und dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Außenpolitische Bestrebungen konzentrierten sich vorwiegend auf Österreichs direkte Nachbarn bzw. die Besatzungsmächte. Erst im Laufe der Jahre und durch den Beitritt zu multilateralen Organisationen entwickelte sich auch in Österreich ein Interesse für weiter reichende außenpolitische Anliegen. Das heutige Außenministerium unterstand bis 1959 dem Aufgabenbereich des Bundeskanzleramts. Kreisky war einer der wenigen Politiker, die schon sehr früh aktive Außenpolitik im Interesse seiner Partei und auch im Interesse Österreichs vertraten. Bei den Koalitionsgesprächen zur Regierungsbildung 1959 wurde beschlossen, dass das Außenministerium ausgelagert und zu einem eigenen Ministerium mit Kreisky als erstem österreichischem Außenminister umgewandelt werden sollte.

Kreiskys Beschäftigung mit der Weltpolitik begann schon in den 1920er-Jahren. Als Mitglied der „kleinen Internationale“ in Stockholm, war er Teil einer Gruppe, die Jahrzehnte später einige einflussreiche Politiker/innen und Denker/innen Europas stellte. Zu diesen zählten unter anderem Willy Brandt, Torsten Nilsson und das Ehepaar Myrdal. Auch nach seiner Rückkehr aus dem schwedischen Exil, verstand es Kreisky als österreichischer Politiker, diplomatische Kontakte auf internationaler Ebene zu knüpfen und diese für seine Anliegen zu nutzen.

Die Dekolonisierung in Afrika in den 1950er- und 1960er-Jahren, führte dazu, dass sowohl die Sowjetunion im Osten als auch die westlichen Großmächte, allen voran die USA, einerseits ihre Einflusszonen ausweiten bzw. andererseits eine Ausdehnung des geopolitischen Widersachers verhindern wollten. In diesem Kampf um die Vormachtstellung der politischen Ideologie zwischen Kommunismus und Kapitalismus erwies sich die Neutralität Österreichs, trotz der klaren westlichen Ausrichtung, als Vorteil im Bereich der diplomatischen Beziehungen. Da Österreich zudem keine nennenswerte koloniale Vergangenheit besaß, bot es sich für Kreisky an, Österreich als Schauplatz für Konferenzen zu nutzen, bei denen sich die politischen Führer/innen aus verschiedenen Kontinenten trafen, um über neue Wege der Entwicklungshilfe zu sprechen. Eine dieser Konferenzen führte schließlich zur Entstehung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen. Die außenpolitischen und

diplomatischen Aktivitäten zur Zeit Kreiskys haben maßgeblich dazu beigetragen, Österreich in der internationalen Staatengemeinschaft zu positionieren und eine aktive Haltung in Zusammenhang mit der EZA durchzusetzen.

Das Wiener Institut diente als Public Relations Plattform, um unterschiedlichste Anliegen in Zusammenhang mit Entwicklungsfragen zu behandeln. Die Erklärungen, die es nach den Konferenzen herausbrachte und auf die sich die Teilnehmer/innen der Konferenz geeinigt hatten, beinhalteten zwar einige nicht unwesentliche Punkte, die für eine konstruktive Entwicklungshilfe notwendig waren, dennoch fehlte es an bindenden Verpflichtungen und konkreten Zugeständnissen der Industrienationen, aber auch der Entwicklungsländer. Die Regierungsunabhängigkeit, die Kreisky auf Anraten Nehrus für das Wiener Institut festschrieb, hatte zwar Vorteile in Bezug auf die Handlungsfähigkeit des Instituts, es fehlte aber möglicherweise an dem diplomatischen Gewicht, das eine staatliche Institution hätte mit sich bringen können, um so verpflichtende Forderungen zu erreichen.

Die sozialistische Ideologie, die Kreisky seit seiner Jugendzeit prägte, war bei seinem Engagement für den „Kampf gegen den Hunger“ und bei seiner Einstellung gegenüber der EZA stets bemerkbar. Internationale sozialistische Solidarität wurde zu einem Leitmotiv Kreiskys und auch einiger anderer SPÖ-Abgeordneter, wenn es darum ging, der Entwicklungshilfe schon in den 1950er-Jahren einen Stellenwert in der österreichischen Politik zu geben. Das wirtschaftliche Wachstum Österreichs zu dieser Zeit war noch nicht in allen Regionen und Gesellschaftsschichten angekommen, deswegen fiel die Legitimation der österreichischen Entwicklungshilfe mitunter noch schwer.

Kreisky formulierte in diesem Zusammenhang schon früh die Idee, dass die Unterstützung, die Österreich von den USA durch den Marshall Plan erfahren hatte, in irgendeiner Form zurück- bzw. weitergegeben werden sollte. Aus dem Motiv der Solidarität mit den Entwicklungsländern, die Kreisky gerade in den Anfangszeiten der Entwicklungshilfe in Österreich immer wieder ansprach, entwickelte sich die Idee des Marshall Plans für die Dritte Welt. Da der Marshall Plan in Österreich mit ein Grund für den rasanten wirtschaftlichen Aufschwung und den Anstieg des Wohlstands gewesen war, versuchte Kreisky, das Erfolgsmodell mit entsprechenden Adaptierungen auf die Länder der Dritten Welt zu übertragen. Mit fortschrittlichen Technologien und scheinbar unbegrenzten Ressourcen sollte die Erledigung der Aufgabe, Armut und Hunger in den Entwicklungsländern zu bekämpfen, nur eine Frage der Zeit sein. Obwohl er diese Idee bei etlichen Gelegenheiten

(Versammlungen der OECD, UN, Wiener Institut) zu verbreiten versuchte, blieb die Unterstützung der großen Nationen für den *Marshall Plan für die Dritte Welt* aus. Aus heutiger Sicht waren Kreiskys Bemühungen von einem gewissen Planungs- und Fortschrittsoptimismus gekennzeichnet, der allerdings zu starr auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet war und die individuelle Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der betreffenden Staaten nicht ausreichend berücksichtigte.

Um auf die Probleme der Entwicklungsländer aufmerksam zu machen, versuchte Kreisky in seinen Reden, immer wieder das Thema Entwicklungshilfe aufzugreifen und damit ein Bewusstsein für die Dringlichkeit der globalen Probleme zu schaffen. Kreisky sah sich selbst als Politiker in der Rolle des „Proponenten“ von Ideen, wie die des Marshall Plans für die Dritte Welt, und nicht primär dafür zuständig, die wissenschaftliche und ökonomische Grundlage dafür zu schaffen. Mit seinen Ideen versuchte er, das für ihn fehlende „Grand Design“ im Nord-Süd-Dialog zu schaffen. So wäre es, laut Kreisky, nur mit groß angelegten Aktionen, dem Verantwortungsbewusstsein sowie der Solidarität der gesamten westlichen Nationen möglich, eine erfolgreiche Strategie der ökonomischen Entwicklung zu schaffen.

So ist Kreiskys Rolle in Bezug auf internationale EZA nicht nur auf seine konkreten Handlungen zurückzuführen, sondern vor allem auch auf eine scheinbar unermüdliche und teilweise auch etwas redundante Form des aufmerksam Machens auf Probleme und Themen, die in Bezug auf die Entwicklungshilfe und im Kampf gegen den Hunger in vielen Teilen der Welt von Dringlichkeit waren.

Kreisky war ein wesentlicher Akteur des politischen Raums in Österreich und Europa, als die staatliche Entwicklungshilfe erste Versuche unternahm, aktiv zu werden. Ebenso war er als Außenminister daran beteiligt, die kompetenzrechtlichen Probleme der EZA Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre in den Griff zu bekommen. Der Beitritt Österreichs zur OECD war ebenso ein wichtiger Anlass, um die Strukturierung und Institutionalisierung der EZA in Österreich voranzutreiben. Dieser Prozess führte unter der Beteiligung Kreiskys schließlich zur Gründung des IKFE, obwohl er bezüglich der geografischen Schwerpunktsetzung der Entwicklungshilfe und anderen grundlegenden Punkten eine unterschiedliche Auffassung hatte.

Anhand seiner Ideologie und seiner Weltbilder versuchte Kreisky, seine Ideen in nationalen sowie internationalen Initiativen und Abkommen umzusetzen bzw. zu integrieren. Durch seine guten diplomatischen Beziehungen und seine rhetorischen Fähigkeiten erreichte er damit nationale und internationale Aufmerksamkeit.

Literaturverzeichnis:

Fischer, Heinz: „Die Kreisky-Jahre: 1967-1983“. Wien: Löcker; 1994

Fischer, Karin: Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. 1. Aufl. Wien: Mandelbaum-Verl.; 2004

Hödl, Gerald: Österreich und die dritte Welt. Positionen der politischen Elite in Österreich, 1945 - 1994. Wien; 2003

Hödl, Gerald: Die Anfänge – vom Geberland – zum Empfängerland Archäologische Untersuchungen zur österreichischen Entwicklungshilfe. In: de Abreu Fialho Gomes, Bea (u.a.) (Hg.): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Wien, Mandelbaum; 2003. S. 27-45

Hödl, Gerald: Österreich und die dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995. Wien: Promedia (Forschung); 2004

Jankowitsch, Peter: Die Ära Kreisky: Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien ; München ; Zürich : Europa Verl., 1983

Kreisky, Bruno: Österreich auf der Welthandelskonferenz. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Jg. 1964, H. 8.

Kreisky, Bruno: Rede auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs. Villach, 18. April 1972. In: Ders.: Reden. Bd. 2. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei; 1981. S.48-51

Kreisky, Bruno: Österreich in der Völkergemeinschaft. Rede in der Universität Wien, 19. Jänner 1962. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei; 1981. S. 310-321

Kreisky, Bruno: Muß sich Österreich an der Entwicklungshilfe beteiligen? Wien, 1. Dezember 1961. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei 1981. S. 287-295

Kreisky, Bruno: Rede „Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas“. Europagespräch, Wien, 23.Juni 1962. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei; 1981. S.350-359

Kreisky, Bruno: Rede zum Budgetkapitel „Äußeres“. Nationalrat, 10.Dezember 1963. In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei; 1981. S.488-496

Kreisky, Bruno: Rede „Die Aufgabe des demokratischen Sozialismus“ Sozialistischer Frauentag, Wien, 16.Juni 1965 In: Ders.: Reden. Bd. 1. Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei; 1981. S. 586-596

Kreisky, Bruno (Kunz, Johannes Hrsg.): Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes, öst. Staatsdruckerei, Wien; 1993

Kreisky, Bruno: „Im Strom der Politik: der Memoiren zweiter Teil“ Wien: Kremayer & Scheriau; 1988

Kreisky, Bruno: „Die Herausforderung: Politik an der Schwelle des Atomzeitalters“ Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verlag; 1965

Meyer, Thomas: Sozialismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; 2008

Mussi, Ingo: „Bruno Kreisky und der schöpferische Dialog mit den Vereinigten Staaten“. In: Die Ära Kreisky, Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Hg. Erich Bielka, Peter Jankowitsch, Hans Thalberg. Wien: Europa Verlag; 1983. S. 117-143

Rathkolb, Oliver: „Der junge Kreisky“ : Schriften, Reden, Dokumente, 1911-1990; Wien: Jugend und Volk; 1986

Röhrlich, Elisabeth: „Kreiskys Außenpolitik : zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm“. Göttingen: V & R Unipress; [Wien]: Vienna Univ. Press; 2009

Schröder, Hans Jürgen: Marshall Plan und westdeutscher Wiederaufstieg: Positionen, Kontroversen. Franz Steiner Verlag Stuttgart; 1990

Strasser, Peter: Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Jg. 1962, H. 3, S. 65–66.

Wagner, Christian: Das politische System Indiens: Eine Einführung; Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften; 2006

Wirth, Maria: Der Marshall-Plan: Das Wiederaufbauprogramm für Europa nach 1945; Demokratiezentrum Wien: o.J.

OECD: Die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE)
<http://www.oecd.org/berlin/dieoecd/dieorganisationfureuropaischewirtschaftlichezusammenarbeitoeec.htm> [Zugriff 16.1.2017]

Quellen aus dem Bestand des Kreisky Archivs:

Anonym: Österreich und die Hilfe an Entwicklungsländer. Kreisky Archiv, VII Außenpolitik, 6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe, Box 7 Entwicklungshilfe. o.A.; 1963

Anonym: Wichtiger als Weltraumfahrt: Entwicklungshilfe. Kreisky Archiv, III Parteien und politische Bewegungen, 8. Forschungseinrichtungen des In -und Auslandes zu Gesellschaft, Parteien und Politik, Box 9 Wiener Institut für Entwicklungsfragen. In: Neues Österreich. Wien; 1962

Bundeskanzleramt: Bericht und Antrag an den Ministerrat betreffend Einsetzung eines „Interministeriellen Komitees zur Förderung der für Entwicklungsländer. Kreisky Archiv, VII Außenpolitik, 6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe, Box 7 Entwicklungshilfe. Wien; 1963

Bundeskanzleramt: Gedanken zu einer allfälligen Reorganisation des Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer. Kreisky Archiv, VII Außenpolitik, 6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe, Box 7 Entwicklungshilfe. Wien; 1970

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten: Zur Frage der österreichischen Entwicklungspolitik. Kreisky Archiv, VII Außenpolitik, 6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe, Box 7 Entwicklungshilfe. Wien; o.J.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Die Entwicklungshilfeleistungen Österreichs – Ein Dokument für den 2. Welternährungskongreß (Den Haag, 1970). Kreisky Archiv, VII Außenpolitik, 6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe, Box 7 Entwicklungshilfe. Wien; 1970

Haselbach, Arne: Bruno Kreisky's Drive for a large scale economic solidarity programme with developing countries. Kreisky Archiv, III Parteien und politische Bewegungen, 8. Forschungseinrichtungen des In -und Auslandes zu Gesellschaft, Parteien und Politik, Box 9 Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Vienna Institute for Development: Occasional Paper 81/3

Mühlfeld, Otto: Der Fahrplan für eine bessere Welt. Kreisky Archiv, III Parteien und politische Bewegungen, 8. Forschungseinrichtungen des In -und Auslandes zu Gesellschaft, Parteien und Politik, Box 9 Wiener Institut für Entwicklungsfragen. In: o.A. o.A: o.J.OECD: Österreich - Die Entwicklungshilfeleistungen Österreichs 1962-1968. Kreisky Archiv, VII Außenpolitik, 6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe, Box 7 Entwicklungshilfe. Paris; o.J.

Theodor Körner Stiftung: Informationen über das Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Kreisky Archiv, III Parteien und politische Bewegungen, 8. Forschungseinrichtungen des In -und Auslandes zu Gesellschaft, Parteien und Politik, Box 9 Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Salzburg und Wien; 1962

Wiener Institut für Entwicklungsfragen: Zweite Wiener Erklärung über Entwicklung und Zusammenarbeit, Von Wiener Institut für Entwicklungsfragen einberufene „Confrontation“. Kreisky Archiv, III Parteien und politische Bewegungen, 8. Forschungseinrichtungen des In -und Auslandes zu Gesellschaft, Parteien und Politik, Box 10 Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Velden und Wien; 1968

Österreichische Parlamentsprotokolle:

BM Kreisky, NR IX / 84, am 5.12.1961, p. 3601

BM Kreisky, NR X / 38, am 10.10.1963, pp. 2074-2079

Themenbereich VII. Außenpolitik - aus dem Bestand des Kreisky Archivs

VII.6. Cancùn - Gipfel, Nord-Süd-Konflikt, Entwicklungshilfe

BMaA: Zur Frage der österreichischen Entwicklungspolitik. Wien; o.J.